Antrag

des Abg. Daniel Lindenschmid u. a. AfD

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen**

Landeshilfen nach schweren Naturereignissen – warum blieb Bruchsal auf der Strecke?

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wann welche Kommunen oder Akteure der vom Hochwasser im August 2024 betroffenen Gebiete im Raum Bruchsal an Herrn Innenminister oder das Innenministerium mit Anträgen für finanzielle Hilfen herangetreten sind;
2. welche Auskünfte diese Antragsteller erhielten;
3. welche Voraussetzung(en) der Landeshilfe-Richtlinie vom Oktober 2017 trotz eines Schadens von über 100 Millionen Euro nicht gegeben sind bzw. gegeben sein sollen;
4. worin sich die Ausnahmesituation und das Ermessen in Ziffer I.3.1 Satz 2 der Richtlinie von der Situation in Oberschwaben im Juni 2024 konkret unterscheiden;
5. ob die Anträge dem Ministerrat – und wenn ja, wann mit welchem Ergebnis – unterbreitet wurden;
6. wenn die Anträge dem Ministerrat nicht unterbreitet wurden, warum dies nicht geschah;
7. falls die Anträge geprüft werden, bis wann mit einem Ergebnis gerechnet wird;
8. ob ein ablehnender Bescheid, der mit Widerspruch und Klage angegriffen werden kann, ergeht, wenn Anträgen nach der Richtlinie nicht entsprochen wird, und ob Bruchsal so einen Bescheid erhalten hat;
9. ob sie an der derzeitigen Form der Richtlinie festhält oder vor dem Hintergrund der Kritik Betroffener an dieser Richtlinie (zu unbestimmt, zu willkürlich, zu hohe Anforderungen) erwägt, die Richtlinie neu zu fassen;

Eingegangen: 1.4.2025 / Ausgegeben: 2.5.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

10. ob und ggf. in welcher Weise es bisher zu Schäden kam, wenn Rheinpolder im Verlauf eines Hochwassers geöffnet und geflutet worden sind, und wer ggf. für diese Schäden aufkam.

18.3.2025

Lindenschmid, Dr. Balzer,
Goßner, Gögel, Rupp AfD

Begründung

Am 13. August 2024 kam es entlang des Saalbachs zwischen Bretten und Bruchsal zu einem heftigen Unwetter mit Starkregen und Überschwemmungen. In nur wenigen Stunden fiel so viel Regen wie sonst in mehr als eineinhalb Monaten. Die Wassermassen rissen große Mengen Schlamm und Gegenstände mit. Die Saalbach stieg zu einem hundertjährigen Hochwasser an und überflutete zahlreiche Straßen und Gebäude. Die Schäden im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich summierten sich nach Angaben der Kommunen auf über 125 Mio. Euro. Betroffen waren die Gemeinden Bretten, Gondelsheim, Bruchsal und Karlsdorf-Neuthard.

In erster Linie ist vorgesehen, dass Kommunen, die von solchen Unglücken betroffen werden, Anträge nach bestimmten Fachförderprogrammen stellen können. Sollten diese nicht greifen oder nicht ausreichen, können nach den Richtlinien des Innenministeriums für die Gewährung von Landeshilfen nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen vom 27. Oktober 2017 Landeshilfen in Form von Zuschüssen (unter anderem) für Kommunen gewährt werden. Die Landeshilfen sollen nur nach einem außergewöhnlichen, unvorhergesehenen, großräumigen und zeitgleich ausgelösten Naturereignis oder Unglücksfall mit einer Vielzahl stark Betroffener gewährt werden.

Ausnahmsweise kommen Landeshilfen bei einer räumlich auf einen Landkreis oder eine oder mehrere Gemeinden begrenzten Schadenslage in Betracht, wenn die Schäden die Schwelle von 100 Mio. Euro erreichen; diese Voraussetzung wäre im Fall der genannten Kommunen gegeben gewesen, allerdings wurden dennoch (bisher) trotz Antragstellung ganz offenbar keine Landeshilfen gewährt, anders als bei den Gemeinden in den Landkreisen Rems-Murr-Kreis, Göppingen und Ravensburg, für die nach einem Unwetter im Juni 2024 mit allerdings Schäden von ca. 500 Millionen Landeshilfen in Höhe von 25 Mio. Euro flossen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Landeshilfen für Kommunen entscheidet der Ministerrat nach Anhörung der Kommunalen Landesverbände.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 24. April 2025 Nr. IM6-0141.5-636/12/4 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wann welche Kommunen oder Akteure der vom Hochwasser im August 2024 betroffenen Gebiete im Raum Bruchsal an Herrn Innenminister oder das Innenministerium mit Anträgen für finanzielle Hilfen herangetreten sind;*
- 2. welche Auskünfte diese Antragsteller erhielten;*
- 3. welche Voraussetzung(en) der Landeshilfe-Richtlinie vom Oktober 2017 trotz eines Schadens von über 100 Millionen Euro nicht gegeben sind bzw. gegeben sein sollen;*

Zu 1., 2. und 3.:

Zu den Ziffern 1, 2 und 3 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen. In der Nacht vom 13. auf 14. August 2024 war insbesondere der Landkreis Karlsruhe mit den Orten Bretten, Gondelsheim, Bruchsal und Karlsdorf-Neuthard durch ein heftiges Unwettergeschehen betroffen. Herr Ministerialdirektor Moser in seiner Eigenschaft als zentraler Ansprechpartner in Sachen Hochwasser hat am 15. August 2024 mit den Bürgermeistern der hauptbetroffenen Orte Bruchsal und Gondelsheim Kontakt aufgenommen. Am 29. August 2024 informierte sich Innenminister Thomas Strobl bei einem Gespräch in Bruchsal über das Geschehen und erörterte mit Vertreterinnen und Vertretern betroffener Kommunen sowie des Landkreises Karlsruhe bereits etwaige Hilfebedarfe und die grundsätzliche Möglichkeit, bevorzugt Fachförderprogramme in Anspruch nehmen zu können. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 5 und 6 der Drucksache 17/8411 (Kleine Anfrage des Abg. Dr. Christian Jung FDP/DVP, Landeshilfen für Gemeinden, Städte und Landkreise nach Naturkatastrophen seit 2010) verwiesen.

Förmliche Anträge auf Landeshilfen nach den Richtlinien des Innenministeriums für die Gewährung von Landeshilfen nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen vom 27. Oktober 2017 (GABl. S. 506 – im Folgenden: Richtlinien) wurden nicht gestellt, sind in denselben aber ohne vorhergehenden Beschluss des Ministerrats auch nicht vorgesehen. Schreiben, mit denen um Unterstützung bei der Bewältigung der Hochwasserschäden durch Gewährung von Landeshilfen nachgesucht wurde, und die vom Innenministerium schriftlich oder gesprächshalber beantwortet wurden, erfolgten am 28. August 2024 gemeinsam durch die Stadt Bruchsal und die Gemeinde Gondelsheim, am 22. Oktober 2024, am 20. Dezember 2024 und am 18. Februar 2025 durch die Gemeinde Gondelsheim sowie am 8. Oktober 2024, am 16. November 2024, am 13. Januar 2025 und am 21. Januar 2025, letzteres gerichtet an den Herrn Ministerpräsidenten, durch das Landratsamt Karlsruhe. Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Drucksache 17/7388 (Kleine Anfrage des Abg. Dr. Christian Jung FDP/DVP, Hochwasser-Nothilfen des Landes für Bürger, Unternehmen und Verwaltung in der Gemeinde Gondelsheim und in der Stadt Bruchsal [Landkreis Karlsruhe]) verwiesen.

Als Auskunft wurde jeweils sinngemäß erteilt, dass das Unwettergeschehen für die betroffenen Gemeinden fraglos gravierende Folgen hatte und für die Unterstützung der betroffenen Gemeinden eine prioritäre Inanspruchnahme der bestehenden Fachförderprogramme das passende Instrument ist. Hierzu hatte das Regierungspräsidium Karlsruhe am 16. Dezember 2024 und am 18. Dezember 2024 Förderkonferenzen durchgeführt. Wie bereits bei der Beantwortung der Fragen 5 und 6 der Drucksache 17/8411 (Kleine Anfrage des Abg. Dr. Christian Jung FDP/DVP, Landeshilfen für Gemeinden, Städte und Landkreise nach Naturkatastrophen seit 2010) mitgeteilt, sollen nach dem Sinn und Zweck der Richtlinien lokale

Ereignisse von solchen Schadenslagen abgegrenzt werden, die nur noch mit solidarischer Hilfe des ganzen Landes zu bewältigen sind. Ansonsten ergäbe sich ein unüberschaubares Anwendungsfeld der Landeshilfen mit einer ständigen Vielzahl von Einzelfällen, die nicht mit dem an großen Schadenslagen orientierten solidarischen Grundgedanken der Richtlinien übereinstimmen würde.

4. worin sich die Ausnahmesituation und das Ermessen in Ziffer I.3.1 Satz 2 der Richtlinie von der Situation in Oberschwaben im Juni 2024 konkret unterscheiden;

Zu 4.:

Zu den in der Fragestellung genannten großflächigen Unwetterereignissen vom 30. Mai bis 3. Juni 2024 in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen, und insbesondere auch von demselben Ereignis hauptgetroffenen Land Bayern besteht eine länderübergreifende Schadenssumme von rd. 4 Mrd. Euro bzw. im baden-württembergischen Teil von rd. 600 Mio. Euro mit massiven Schäden v. a. auch an der Verkehrsinfrastruktur einschließlich des Schienenverkehrs. Demzufolge besteht sowohl in räumlicher Weise, als auch etwa hinsichtlich der Schadenssumme ein deutlicher Unterschied. Für besonders gravierende Fallgestaltungen sehen die Richtlinien unter Nummer I. 3.1. Satz 2 vor, dass ausnahmsweise auch bei einer räumlich auf einen Landkreis oder eine oder mehrere Gemeinden begrenzten Schadenslage Hilfen in Betracht kommen, wenn der Schwellenwert von 100 Mio. Euro Schadenssumme erreicht ist. Dabei gibt es allerdings keinen mit dem Erreichen der Schadenssumme gekoppelten Automatismus. Vielmehr wird die Möglichkeit einer Einzelfallprüfung eröffnet. Maßgeblich für deren Beurteilung ist dann die Frage, ob der entstandene Schaden in Relation so gravierend ist, dass er nur mit solidarischer Hilfe des ganzen Landes bewältigt werden kann.

5. ob die Anträge dem Ministerrat – und wenn ja, wann mit welchem Ergebnis – unterbreitet wurden;

6. wenn die Anträge dem Ministerrat nicht unterbreitet wurden, warum dies nicht geschah;

7. falls die Anträge geprüft werden, bis wann mit einem Ergebnis gerechnet wird;

8. ob ein ablehnender Bescheid, der mit Widerspruch und Klage angegriffen werden kann, ergeht, wenn Anträgen nach der Richtlinie nicht entsprochen wird, und ob Bruchsal so einen Bescheid erhalten hat;

Zu 5. bis 8.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs wird zu den Ziffern 5 bis 8 gemeinsam Stellung genommen. Nach den Richtlinien entscheidet der Ministerrat über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Landeshilfen für Kommunen. Ein solcher Beschluss wurde hinsichtlich der vom Hochwasser im August 2024 betroffenen Gebiete im Raum Bruchsal nicht gefasst. Ein Anspruch auf Gewährung von Landeshilfen besteht im Übrigen nicht.

9. ob sie an der derzeitigen Form der Richtlinie festhält oder vor dem Hintergrund der Kritik Betroffener an dieser Richtlinie (zu unbestimmt, zu willkürlich, zu hohe Anforderungen) erwägt, die Richtlinie neu zu fassen;

Zu 9.:

Die Richtlinien sind am 31. Dezember 2024 außer Kraft getreten. Sie sollen bzw. werden in einer überarbeiteten Fassung zeitnah neu in Kraft gesetzt werden. Die Neufassung ermöglicht es, umfassende Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem einzigen Anwendungsfall im Zusammenhang mit dem Unwetter vom 30. Mai bis 3. Juni 2024 – sowohl aus der Bewilligungs- als auch der Ausreichungsphase – einfließen zu lassen.

10. ob und ggf. in welcher Weise es bisher zu Schäden kam, wenn Rheinpolder im Verlauf eines Hochwassers geöffnet und geflutet worden sind, und wer ggf. für diese Schäden aufkam.

Zu 10.:

Im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms sind bislang die Hochwasserrückhalteräume (RHR) Kulturwehr Kehl/Straßburg und Polder Altenheim sowie Abschnitt I des RHR Weil-Breisach, die RHR Söllingen/Greffern und Rheinschanzinsel umgesetzt. Die RHR sind einsatzbereit; beim RHR Rheinschanzinsel steht der zuvor erforderliche Probestau noch aus. Das Land Baden-Württemberg ist mit den Landesbetrieben Gewässer der Regierungspräsidien Freiburg und Karlsruhe Betreiberin der RHR. Durch den Hochwassereinsatz können Schäden entstehen, die z. B. Wegeinstandsetzungen und Geschwemmselbeseitigung innerhalb der RHR erforderlich machen und vom Land behoben bzw. entschädigt werden. Darüber hinaus gelten folgende Entschädigungsregelungen: Innerhalb der Überflutungsräume wird eine Grundentschädigung für die Flächeninanspruchnahme, die durch eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zugunsten des Landes abgesichert wird, gezahlt. Die betroffenen Nutzungen werden separat entschädigt. Bei landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgt eine Entschädigung der Nutzungen im Einzelfall nach einer Überflutung auf Basis eines landwirtschaftlichen Gutachtens. Waldeigentümer werden einmalig nach dem sogenannten „Entschädigungsmodell für die Inanspruchnahme von Waldflächen“ entschädigt. Bei betriebsbedingten Beeinträchtigungen außerhalb der Überflutungsräume wird bei allen Nutzungsarten (Forst und Landwirtschaft) ausschließlich im Einzelfall entschädigt.

In Vertretung

Moser

Ministerialdirektor